



# Die Ostfragen im Hauptauschusse.

## Die Berichterstattung über die Sitzungen des Hauptauschusses. — Die Umwälzung in der Ukraine. — Kritik der Regierungsmaßnahmen. — Politische oder militärische Leistung.

In der Weiterberichterstattung der Ostfragen behandelte der Ausschuss (Sitzung) über die Berichterstattung betreffend die letzte Sitzung. Die Reden der Abgeordneten sind arg und kritisch, so daß das Bild der Verhandlungen geradezu irreführend ist. Wir müssen die Vertraulichkeit wieder aufnehmen, wobei die von der Regierung ausdrücklich als vertraulich bezeichneten Mitteilungen ausgenommen werden können. Abg. Wehner (H. S.) schließt sich dieser Beschränkung an, bescheidet Erzbischof (Sitz.) der betont, daß der dem Ausschuss vorgelegte Berichtsentwurf gleich als ungenügend bezeichnet worden sei.

Abg. Dr. v. D. erwiderte, die Vorwürfe solle man nicht einseitig gegen die beteiligten Regierungsmitglieder richten. Die Abgeordneten konnten für die sachgemäße Wiederherstellung ihrer Ausführungen selbst sorgen.

Abg. Ebert (Sitz.) wünscht die Vorlegung zuverlässiger tatsächlichen Materials, da die Nachrichten sein fälschlich sind.

Unterstaatssekretär v. d. Busche verliest ein Telegramm des Herrn v. Mumm aus Wien, dessen Inhalt wir bereits mitteilten.

Auf eine Anfrage des Abg. Erzbischof erklärt der Unterstaatssekretär, daß Erzbischof Ukrainer, nicht Russe ist.

Abg. Dr. Haas (Sitz.): Es ist auffallend, daß die Ratifikation des Friedensvertrages mit der Ukraine noch aussteht. Die Ratifikation muß möglichst bald geschehen, damit klare Verhältnisse geschaffen werden. Man kann über Nichterfüllung vertraglicher Abmachungen nicht beschweren, solange sie noch nicht zu Recht bestehen. Die Militärkräfte laufen Gefahr, uns in die Zukunftsmöglichkeiten zu bringen, die sie uns selbst mit dem Schwert gewonnen haben. Ansehend sind gute Militär immer höchste Politiker, weil sie die Regierung haben. Überdies mit Gewalt zu brechen und gewohnt sind, Gegenmaßnahmen, keine Zukunftsaufgaben zu lösen. In politischen Fragen sollte das Militär der politischen Leitung unterliegen. So geht es nicht, daß jedes Gebiet seine eigene Politik macht.

Die Ostfrage bildet ein einheitliches, überaus wichtiges Problem. Aber welches Ziel hat sich die politische Leitung eigentlich gesetzt? Es muß doch nach festen, bestimmten Richtlinien überall einheitlich gehandelt werden. Warum hat man den Friedensbestellungsbescheid an die dortige Bevölkerung publiziert, da er sich doch an die militärischen Unterstellen richtete. Sacht ist der Beschluß ungenügend und konnte seinen Zweck nicht erreichen, weil er nicht vorher mit dem Oberkommando im voraus besprochen oder ist in seinem Betreiben überlassen worden? Neben tritt der Bericht der „B. Z. am Mittag“ vom 4. Mai über die Vorformulierer, die

die propagierende Tendenz des Vorgehens beweist. Der vorigen Regierung haben wir ein Stück ihrer Autorität genommen, der früheren wie der jetzigen. Der Zusammenhang der ganzen Aktion mit der Einsetzung der neuen Regierung ist unklar. Merkwürdig, daß wir früher nichts von einer Verschönerung gegen uns erfahren haben. Da war nur der Verhaftung des Herrn Dobry die Rede: diese Sache hätte man den heimischen Behörden überlassen sollen. Gegen die Feldberichte bestehen die größten Bedenken. Die Soldaten heften sich schon selbst. Warum sollen wir uns durch die Feldberichte den ganzen Haß der Bevölkerung zuziehen? Wie ist denn die neue Regierung eigentlich entstanden? Der spontane Zusammentritt des Bauernkongresses; offenbar haben wir mitempfindl. Großgrundbesitzern und kapitalistischen Kreisen zuzue. Auffallend ist der

Inhalt der Proklamation des neuen Hetmans betreffend den Landbesitz. Daß die Bauern sich über die Enteignung des Großgrundbesitzes aufgeregt haben sollten, glauben wir nicht. Auf die Verschönerung des Hetmans auf seine Deutschfreundlichkeit ist nichts zu geben. Das neue Ministerium ist großzügig. Ist es schon unverständlich, daß die Mitglieder des Ministeriums sich zur Verfügung stellen, so noch unverständlicher, daß Deutschland sie auswählt. Beziehen wir dieser Regierung zur Dauer, so

haben wir die Konsolidierung Anhalts wieder an. Wollen wir das, so müssen wir eine andere Politik in den Randprovinzen treiben, als wir tun. Man soll keine Situation schaffen, die mit Unmöglichkeit zu Konflikten führen muß. Der Sinn einer solchen Politik, die wir treiben, ist ungreiflich. Wie sieht es mit dem eskalierenden Landtag und

„Seebler“, Führers, Grafen Ludner, der jetzt im Gefangenenerlager von... interniert ist. Graf v. Ludner hatte einen kühnen Fluchtversuch aus dem Gefangenenerlager von Ausland unternommen. Zu diesem Zwecke hatte er mit elf anderen deutschen Gefangenen

sich eine Barkasse angeeignet, den Geiseln, „Moa“ gefesselt und dessen Kapitän, William Bourke, nebst seinen fünf Leuten gezwungen, das Schiff nach den Kermadec-Inseln, 600 Meilen nördlich von Neuseeland, zu führen. Dort nahmen sie sich von den für schiffbrüchige Seeleute aufgestellten Vorzeichen, stachen von neuem in See, wurden aber von einem bewaffneten, zu ihrer Verfolgung ausgesandten Neuseeländer Dampfer eingeholt und gezwungen, sich ihm zu ergeben. Ludner und mehrere Leute seiner Mannschaft vom „Seebler“ waren nach ihrer ersten Gefangenennahme auf der Mount-Insel, die im Hafen von den Neuseeländern gelegen ist, interniert gewesen. Zwei von den deutschen Geiseln hatten sich dort in den ersten Dezember in den Besitz der Barkasse „Beau“ zu setzen gewagt und Ludner wollte die anderen mit ihm internierten deutschen Mannschaften an Bord genommen. Sie hatten drei Wochen

ihren Fluchtplan sorgsam erwogen und sich eine in großen Abständen entworfenen Seebarkasse, ferner einen rohgeheimerten, aber brauchbaren Segelantrieb zusammengekauft und auch Bomben fabriciert. Inzwischen beschloß Ludner 600 Dollars an bares Geld und eine mit der Hand auf dem Land gemalte deutsche Flagge. Nach ihrer Flucht aus dem Hafen von Ausland landete die Barkasse die Neuseeländer bei der Westküste von... wo sie den oben erwähnten Segel

unserem Vorgehen gegen ihn? Warum haben wir kein Vertreter nicht geschickt? Da lege man lieber die

Politik in die Hände der Obersten Heeresleitung. Es wird wirklich unerschrocken, daß überall verschiedene Politik getrieben wird. Neben kritisiert einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ gegen das demokratische Wahlrecht im Baltikum. Dieser Artikel empfiehlt eine ganz unklare Politik. Die schuldmeisterliche Funktionäre ist völlig unerschrocken. Man gewinnt die Illusion nicht, wenn man als Schulmeister auf sie losgeht. Es wäre sehr nützlich, wenn der Staatssekretär des Auswärtigen sich nicht ausschließlich dem Friedensvertrag mit Rumänien widmete, sondern den Gesandtschaften des Ostens seine Aufmerksamkeit zuwendete.

Abg. Dr. Stresemann (H.): Der Friedensbestellungsbescheid sollte auch in russischer Sprache veröffentlicht werden. Den Friedensvertrag mit der Ukraine haben wir mit Freuden begrüßt. Um so mehr beunruhigt uns die neueren Vorgänge, die das ganze Ostproblem aufrollen. Wir hatten doch die Absicht, die Selbstbestimmungsbestrebungen der Randprovinz zu unterstützen, um Großrussland zu schwächen. Unsere Politik in der Ukraine wirkt in entgegengesetzter Richtung. Freilich dürfen nicht formale Gesichtspunkte über praktische gestellt werden. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die Bedeutung für das Ernährungsproblem der Zentralmächte sind von entscheidender Wichtigkeit für die innerpolitischen und außenpolitischen Verhältnisse. In dieser Hinsicht drohte die Durchführung der Friedensbestimmungen zu verjagen. Deshalb müssen wir durch unsere Einseitigkeit die schwache Regierung mit militärischen Kräften unterstützen. Deshalb kann auch die Außenpolitik, die uns unter normalen Verhältnissen nicht angeht, für uns nicht gleichgültig sein. Selbst auf die Gefahr hin, eine Regierung zu kürzen, müssen wir Getreide zufließen sicherstellen. Das

Vorgehen gegen die Rada, die Vorhabe der Verhaftung ist nicht zu billigen und wird lange gegen uns ausgeübt werden. So ganz unbedenklich war allerdings die Lage unserer Truppen in der Ukraine nicht angeht der feindlichen Haltung der Bevölkerung. Die militärischen Befehlshaber haben doch kein Interesse,

überall mit Gewalt aufzutreten und ihre Kräfte zu verpillern. Sie lagern eben den Notwendigkeiten vor. Die in Betracht kommenden Personen liegen sich persönlich nahe und arbeiten fähig einträchtig zusammen. Aber hatte man für die politische Vertretung keine landesfremden Personen zur Verfügung? Die neue Regierung ist unter Mitwirkung Deutschlands geschaffen. Das ist ganz begrüßlich und nicht zu beanstanden. Die russische Bourgeoisie, ursprünglich Trägerin des Imperialismus, kämpft jetzt für ihren Besitz und hat deshalb ihre Stimmung gegen Deutschland prätisch geändert; sie will jetzt lieber

Sicherheit unter Anlehnung an Deutschland, als die Gefahren der Anarchie. Im Rechte läßt sich nicht immer umgehen, eine kurzfristige Politik zu treiben. Das Ernährungsproblem ist so brennend, daß alles andere demgegenüber zurücktritt. Die Dinge sind im Fluß, mehr als Konsolidieren läßt sich nicht schaffen. Die Ostfragen müssen im Einvernehmen der politischen und militärischen Leitung gelöst werden; das Heer hat für die Ruhe der Landestteile. Die lokale Durchführung der Friedensbestimmungen ist selbstverständlich. Die Ukraine muß sich für die erste damit begreifen, daß unsere Waren im Tauschverkehr nach und nach geteilt werden. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen.

Letten und Balten für uns zu gewinnen, wenn ihnen berechtigten Wünschen hinsichtlich der Volkserziehung, der Schule, Sprache usw. entgegenkommen wird; keine Germanisierungspolitik würde verfehlt, ein Teil des Landes muß den Letten gegeben werden.

Abg. Frhr. v. Gamp (D. Fr.): Wenn der Vertrag die Erwartungen nicht erfüllt, so liegt das an Herrn v. Kühlmann, wenn es nur darauf ankommt, einen Erfolg beim deutschen Publikum zu erzielen, indem er unter allen Umständen den Frieden abschloß. Vielleicht wiederholen sich diese Fehler beim rumänischen Frieden. Gegen den Grundhaß, daß die politische Leitung entscheiden müsse, liegt er Verwahrung ein. Der Friedensbestellungsbescheid ist ganz sachgemäß. Den Wunsch, ein klares Programm über die Lösung des Ostproblems zu erhalten, teilt jedermann.

Da die Zeit schon vorgeschritten war, nahm der nächstgenannte Redner, der Abg. Graf Westarp (Konf.), nicht mehr das Wort. Der Ausbruch verriet die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag früh.

„Schoner „Moa“ kaperten. Die Barkasse führte die Flotte von Neuseeland. Als von Bord der Barkasse ein uniformierter Mann mit der Hand ein Zeichen gab, huppte Kapitän Bourke seinen Schoner ohne den geringsten Verdad, daß kein Schiff im nächsten Augenblick

die Leute von deutschen Flüchtlingen sein würde. Die Deutschen löschten ihre Bomben, sprangen an Bord des Schoners, aber umgeben den Kapitän und seine Leute, nahmen von der „Moa“ Besitz, holten deren Flotte herunter und hielten dafür die Barkasse. Sie verjagten die Neuseeländer aus ihren Kabinen, nötigten sie, das Schiff nach den Kermadec-Inseln zu steuern und ihnen auf der nun folgenden Kreuzfahrt beihilflich zu sein, bis zu dem Augenblick, wo man sie wieder einfiel. Kapitän Bourke schloß der Grafen Ludner als einen „guten Schwabeger“. Als die „Moa“ von den Deutschen gelapert wurde, meinte der Neuseeländer Kapitän, zu ihm geworden: „Verfluchtes Weh!“ Als dann vier Tage später der Graf seinerzeit wieder gefangen genommen worden war, wiederholte er, zu Bourke gewandt mit verstimmtem Säbeln: „Verfluchtes Weh, was?“

### Kaiser Karl an Wexler.

Jesteres Ausreten in der ungarischen Wahlrechtsfrage Budapest, 7. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht nach folgendes Interesses Handwritten:

Heber Dr. Wexler! Neben der Lösung wichtiger sozialer und den Ausschluß nicht buldender nationaler und wirtschaftlicher Fragen liegt

des Neutestaments Bureau's hielt. Dieser kritische Staatsmann, der sich immer mehr in der Kunst des Sprechens übt, sollte es Clemenceau gleichgültig und ein Geheimnis enttüllen, als Geheimnis des wirklichen deutschen Planes. Dieser sollte dahin gehen, daß Deutschland sich nur der russischen Hilfsquellen bedienen wollte, um dann mit einer Friedensoffensive einzufallen, die sich in der Hauptphase gegen England richten sollte. Der edle Lord war so tief in das deutsche Geheimnis eingedrungen, daß er wußte: Das Anerkennen sollte den Frieden schließlich gar nicht herbeiführen, es sollte nur den Willen des eigenen Volkes stärken. Selbstverständlich hätte man auch nicht vergessen, die neutrale Presse — in diesem Falle die holländische — zu benutzen, um dem Märchen von der deutschen Friedensoffensive einen größeren Resonanzboden zu geben. Doch hierauf einzelne deutsche Organe heringefallen sind, spricht nicht dafür, daß diese Blätter im Laufe des Krieges zu alten Kennzeichen neue erwarben. Allerdings spielt da die Gehässigkeit eine nicht unbedeutende Rolle. Es war betäubend, zu sehen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ sofort nach Aufstehen der angeblichen holländischen Meldung erneut über den Staatssekretär v. Kühlmann n herief, und zwar in einer Weise, die immermehr den deutschen Interessen entsprechen kann. In sehr geschmackvoller Weise wurde Herr von Kühlmann mit dem — fürchten. A. Lidonovsky gemißrahen auf eine Stufe gestellt. Es wurden ihm die schärfsten Vorwürfe gemacht auf Grund einer Meldung, die auch für das agrarisch-deutsche Blatt unbedeutet war. Schon gestern ist halbamtlich mitgeteilt worden, daß die aus Amfembad verbreitete Meldung englischer Blätter, wonach ein Holländer im Auftrag des Staatssekretär v. Kühlmann eine hochgestellten Persönlichkeit der englischen Regierung bestimmte Friedensvorschlüsse gemacht habe, auf „völlig freier Erfindung“ beruht. Damit streben sich die an die Meldung geknüpften Schlussfolgerungen der englischen Presse von selbst, aber nicht die früheren Vorwürfe der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den Staatssekretär des Auswärtigen. Man treibt nicht dadurch eine großzügige Politik, daß man die eigenen Staatsmänner angreift, ohne für die Angriffe eine Verletzung der vermeintlichen Unterlagen abzumauern. Man könnte hinsichtlich eines solchen Vergehens Wlados Worte variieren: Ich kritiz an s Haß der Städte und nicht um Euren Lohn.

In der Vergangenheit hat die Arbeit des Auswärtigen Amtes oft darunter gelitten, daß Wichtigstellungen durch eine gewisse bürokratische Handhabung der Geschäfte zu spät erschienen und dann von vornherein einen geringeren Wert hatten. Neuerdings macht sich nach dieser Richtung im Auswärtigen Amt ein neuer Geist bemerkbar, von dem man wünschen möchte, daß er Bestandigkeit besitzt. So war es zu begrüßen, daß das vorhin erwähnte halbamtliche Dementi so prompt erschien. Noch erfreulicher war es, daß Unterstaatssekretär Frhr. v. d. Busche sich sofort um Anlaß der Erzählungen Lord Robert Cecil's sofort zum Anlaß von Ausstellungen nahm, die gegenüber einem Vertreter des Wlados Telegraphen-Bureau's gemacht wurden, denn den feindlichen Märchen kann im gegenwärtigen Stadium des Krieges nicht schnell genug der Garas gemacht werden. Ein solches Verfahren der leitenden deutschen politischen Zirkeln ist geeignet, die militärische Kriegführung in wirksamer Weise zu unterstützen und zu ergänzen. Wir wollen heute keine Friedensoffensive, die man uns an der Schiene, an der Seine und am Potomac doch nur als Schwäche auslegen wird. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß erfolgreiche militärische Operationen die beste Friedensoffensive darstellen. Deshalb begrüßen wir auch das Wort des Frhr. v. d. Busche: „Vorherhand haben die Waffen das Wort. Es gilt, den Bemühungen unserer Freunde gegen unsere Unversichtlichkeit mit hartem Eisen zu wechen.“

### Auch Holland dementiert die „Friedensoffensive“.

Niederland, 7. Mai. Auch „Der Vaderland“ bekräftigt, daß der frühere holländische Kriegsminister Colijn im Auftrag des Herrn von Kühlmann nach London gefahren sei, um dort in der Friedensfrage Haltung zu nehmen. Auch die holländische Regierung habe Colijn keinen Auftrag gegeben. Daß Colijn seine eigene Auffassung über die Sinnlosigkeit der Kriegsführung in London nicht verheimlicht, ist anzunehmen, aber einen Auftrag habe Colijn nicht. Die North-Holländische bekräftigt den Eindruck der Meinungen Colijn's bei hochstehenden englischen Personen.

### Reichskanzler und Erzberger.

Das sächsische Zentrumorgan, die „Sächsische Volkszeitung“, schreibt über den angeblichen Fruch zwischen dem Reichskanzler und Herrn Erzberger:

„Es handelt sich um die Beweisaufnahme, ob Erzberger vom Kanzler nicht empfangen wird oder nicht und warum? Damit nicht weiter an der ganzen Sache herumgeraten wird, wollen wir mitteilen, daß der Abgeordnete Erzberger zu dem Reichskanzler nicht mehr empfangen wird, weil er ihm über eine Wiener Reise eine falsche Mitteilung gegeben hat. Der Kanzler hat dem genannten Abgeordneten in irgendeiner ungewissen Form von seinem Entschluß Kenntnis gegeben. Diese Angelegenheit kam in der Diskussion zur Sprache, worauf Erzberger in der Sitzung erklärte, er habe vom Kanzler einen rechtserklärenden Brief erhalten. Zwei Zentrumsgesandnete haben sich daraufhin an die zuständigen Stelle gewandt und dort erfahren, daß der Inhalt des Briefes des Kanzlers an Erzberger für letzteren nicht schon an sich gewesen sei. Wüthrich habe Erzberger in der Diskussion den Inhalt des Briefes nicht richtig angegeben. Wir bringen diese Mitteilung nicht aus Haß gegen einen Abgeordneten unserer Partei, denn eine solche Meldung liegt uns fern, und auch nicht aus Eitelkeit um Stand, sondern weil uns daran liegt, Falschbildungen vorzubeugen und dem Zentrum einen Eindeutigkeit zu machen.“

### Die kühne Flucht des Grafen Ludner.

Der „San Francisco Chronicle“ veröffentlicht die folgende Schilderung der merkwürdigen Flucht des heldenhaften